

Resolution:

Moderne Entwicklungspolitik für eine sichere Zukunft

Im Hinblick auf Zuständigkeiten, Strukturen und innere Organisation der deutschen Entwicklungspolitik sind in der Vergangenheit unter der Rot-Grünen Bundesregierung in der Entwicklung von Konzepten und Strategien Fortschritte gemacht worden. Diese wurden aber zum Teil nicht wirksam, weil nach wie vor die finanzielle Ausstattung des BMZ unzureichend ist. Auch wenn mit dem Machtwechsel 1998 eine Trendwende in der Zuteilung staatlicher Mittel eingeleitet wurde, so sind wir dennoch weit von dem 1970 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen vereinbarten Ziel von 0.7% des BNE¹ für Entwicklungszusammenarbeit entfernt.

Im Vorfeld der „UN-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung“ 2002 in Monterrey hat man sich auf europäischer Ebene über eine stufenweise Anhebung der Finanzmittel bis zum Jahr 2006 auf 0,33% des BNE geeinigt. Von diesem Ziel sind wir heute allerdings auch noch weit entfernt.

- Wir fordern im Rahmen eines „Finanzplanes 2010“ eine stufenweise Anhebung um jährlich 0,084% des BNE um das Ziel von 1970 zu erreichen.

- Weiterhin muss es unsere Aufgabe sein, Alternativen zur finanziellen Unterstützung zu diskutieren und voranzutreiben. Die Besteuerung internationaler Rüstungsexporte sowie internationaler Spekulationsgeschäfte müssen umgesetzt und die Gewinne hieraus in eine moderne Entwicklungszusammenarbeit fließen.

Moderne Entwicklungszusammenarbeit darf nicht Mittel zum Zweck eigener wirtschaftlicher Interessen sein. Entwicklungspolitik wird oft zur Kontrolle und Manipulation fremder Gesellschaften missbraucht und zerstört dabei gewachsene kulturelle Strukturen um sie nach westlichem Vorbild neu zu gestalten. Der Grund für die vermeintliche Modernisierung von „unterentwickelten Gesellschaften“ liegt hauptsächlich in der „Entwicklung“ neuer Absatzmärkte und der Ausbeutung von Ressourcen. Eine moderne Entwicklungszusammenarbeit muss dieser Arroganz der vermeintlich zivilisierten Welt entgegen treten und somit nicht nur die unbeschränkte Ausbeutung von Ressourcen sondern auch die Zerstörung kultureller Vielfalt durch Gleichschaltung verhindern. Im Vordergrund einer nachhaltigen und bewahrenden Entwicklungspolitik müssen immer Projekte zum Erhalt kultureller Fähigkeiten stehen.

Unter dem Deckmantel der Demokratisierung werden teils gewaltsam unliebsame durch wohlwollende Regime ersetzt ohne dabei die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Gesellschaft zu verbessern. Durch die vermehrte Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen muss innerhalb der Gesellschaften zuerst das Bewusstsein für demokratische Prozesse geschaffen werden bevor diese umgesetzt werden können.

Dort wo Demokratisierungsprozesse gescheitert sind und totalitäre Regime oder gar Bürgerkriege herrschen muss die internationale Gemeinschaft durch

¹ Bruttonationaleinkommen, seit 1998 international statt Bruttosozialeinkommen

positive Sanktionierung wieder in das Geschehen eingreifen. Oberstes Gebot an dieser Stelle muss jedoch das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Militärische Intervention darf nur unter internationaler Kontrolle und nur als letztes Mittel zum Schutz vor Völkermord und Vertreibung dienen. An erster Stelle Konflikt verhindernder und lösender Entwicklungspolitik muss der internationale Ausbau des staatlichen und nichtstaatlichen zivilen Friedensdienstes stehen.

Rüstungsexporte sind immer Teil militärischer Intervention und dürfen niemals Teil internationaler (Entwicklungs-)Politik sein.

Ziel einer modernen Entwicklungspolitik muss es auch sein die Kopie des „Projektes Europa“ zu fördern. Der Zusammenschluss zu Staatenübergreifenden Interessensverbänden fördert den Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung und kann durch kulturellen Austausch zum Abbau historischer Rivalitäten führen. Die Verbindung gemeinsichtlicher wirtschaftlicher und kulturellen Interessen kann somit langfristig den Frieden sichern.

National, auf europäischer und auf internationaler Ebenen müssen Konzepte für eine bessere Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik geschaffen werden.

Das „Aktionsprogramm 2015“ der Bundesregierung darf nicht länger nur schweigendes Papier bleiben.

Weiterhin müssen die Ziele einer europäischen Entwicklungspolitik, die 1992 in Art. 177 des Maastrichter Vertrages formuliert wurden modernisiert und ausgebaut werden. Europa muss sich als „Friedensmacht“ seiner Rolle bewusst werden und auf europäischem und außereuropäischem Boden mit einheitlicher Stimme für Freiheit, Gleichheit und Solidarität eintreten.

Moderne Entwicklungszusammenarbeit darf sich nicht an Kategorisierungen in Erste, Zweite (Schwellenland) oder Dritte Welt orientieren. Entwicklungszusammenarbeit muss individuell und bedarfsgerecht international organisiert werden.